

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

KOM(94) 100 endg.
Brüssel, den 04.05.1994

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Die Europäische Gemeinschaft vor dem Problem des
Bevölkerungswachstums:

Vorschlag für die Position der Gemeinschaft auf der Weltkonferenz
für Bevölkerung und Entwicklung
Kairo 5-13 September 1994

Die Konferenz in Kairo findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Weltbevölkerungsentwicklung charakterisiert wird durch:

- Die Zunahme der gesamten Weltbevölkerung, die durch ihre Natur selbst und durch die Völker, die es betrifft, einen erheblichen Bevölkerungsanstieg in den Entwicklungsregionen und vor allem in Afrika hervorbringt;
- Die Zuwachsraten der Weltbevölkerung haben sich dagegen verlangsamt, unterstützt durch eine angemessene Bevölkerungspolitik in zahlreichen Entwicklungsländern;
- Die kontinuierliche Alterung der Bevölkerungsstrukturen in den industrialisierten Ländern, bedingt durch geringe Fertilität und durch hohe Lebenserwartung, die sich nach allgemeiner Ansicht in einigen Jahrzehnten stabilisieren werden;

Diverse Arbeiten, Diskussionen und Empfehlungen internationaler Instanzen zeigen außerdem, daß

- Übereinkommen darin besteht, dass im Interesse einer dauerhaften wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung das Bevölkerungswachstum verlangsamt werden muss; nur so sind ernsthafte Auswirkungen für die Erde insgesamt zu verhindern. Ein übermässiges Bevölkerungswachstum hemmt die Entwicklung bzw. bringt sie zum Stillstand; zusammen mit extremer Armut zerstört das Bevölkerungswachstum die Umwelt;
- Ebenso scheint Einmütigkeit über Zielrichtung und Inhalt der Bevölkerungspolitik zu bestehen. Der alte Streit darüber, ob langsames Bevölkerungswachstum der wirtschaftlichen Entwicklung vorausgehen oder ihm folgen soll, ist heute überholt; heute ist allen klar, dass Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik Hand in Hand gehen müssen.

Angesichts dieser günstigen Umstände bietet sich die Konferenz in Kairo an, um

- die Grundsätze, auf denen Bevölkerungspolitik basiert, erneut zu bestätigen;
- die unmittelbar betroffenen Länder, ebenso wie die Geberländer, auf eine Erhöhung der finanziellen Mittel festzulegen, die erforderlich sind, um Bevölkerungspolitik zu betreiben.

Die Konferenz in Kairo ist daher eine einmalige Gelegenheit, um im Rahmen der Völkergemeinschaft einen politischen Konsens für ein umfassendes Aktionsprogramm herbeizuführen, um eines der dringlichsten Probleme unserer Zeit wirksam anzupacken. In diesem Sinn hat der Entwicklungsrat am 2. Dezember 1993 die Notwendigkeit eines strategischen und koordinierten Vorgehens der Gemeinschaft auf der Weltkonferenz für Bevölkerung und Entwicklung als notwendig erachtet.

Im übrigen muß daran erinnert werden, daß die Europäische Gemeinschaft sich bemüht, die Kenntnisse im Bereich der Demographie zu vertiefen und zu nutzen und den Dialog zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern zu fördern.

Zu diesem Zweck hat die Kommission die vorliegende Mitteilung ausgearbeitet.

I. Gegenwärtige und künftige demographische Trends

Gegenwärtig leben 5,4 Milliarden Menschen auf der Erde. Die Weltbevölkerung nimmt derzeit um 1,7% zu, verglichen mit 1,8% in den fünfziger Jahren und 2,1% in den Jahren 1965-70.

In den Entwicklungsländern, in denen 3/4 der Erdbevölkerung leben, beträgt das Bevölkerungswachstum durchschnittlich 2,1%, in den Industrieländern 0,5%.

Die Zuwachsraten des Bevölkerungswachstums haben sich in den letzten Jahren etwas verlangsamt. Das ist die Folge sinkender Fertilität: die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau liegt heute bei 3,3, verglichen mit fast 6 in den 50er Jahren. Dieser Rückgang ist eindeutig als Erfolg der in zahlreichen Ländern betriebenen Bevölkerungspolitik anzusehen, aber er ist auch eine Folge der besseren Ausbildung und des höheren Lebensstandards.

Dennoch, in absoluten Zahlen nimmt die Weltbevölkerung stärker zu als je zuvor, jährlich um fast 100 Mio. Menschen: in nur 10 Jahren, von 1991-2000, wird sich die Weltbevölkerung um rund 1 Milliarde Menschen erhöhen, d.h. um so viele Menschen wie Anfang des 19. Jahrhunderts die Erde bevölkerten. Vor 30 Jahren nahm die Weltbevölkerung jährlich nur um 70 Mio. zu, obwohl damals die Fertilität höher lag.

Der Rückgang der Fertilität betrifft jedoch weder Schwarzafrika, wo die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau noch bei 6,6 liegt und die Bevölkerung jährlich um mehr als 3% steigt, noch Nordafrika und den Mittleren Osten, wo das Bevölkerungswachstum kaum unter 3% liegt. Dagegen steigt die Bevölkerung in Lateinamerika und Asien, mit Ausnahme einiger Länder des indischen Subkontinents in der Größenordnung von nur 2%. Unter dem Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung und der Bevölkerungspolitik sinken dort die Wachstumsraten weiter.

Wann und auf welchem Niveau sich die Weltbevölkerung endgültig stabilisieren wird, hängt entscheidend davon ab, welche Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik im kommenden Jahrzehnt verfolgt wird.

Die Vereinten Nationen haben für das Jahr 2150 drei unterschiedliche Szenarien entworfen:

Szenario	Weltbevölkerung (Mrds)	
	2050	2150
"Hoch"	12,5	28
"Mittleres"	11,5	(12-13)
"Niedriges"	7,8	(4,3)?

II. Die Risiken eines zu hohen Bevölkerungswachstums

Die Risiken sind erheblich: Es gilt zu unterscheiden zwischen den Risiken für die Entwicklungsländer, für die Erde als Ganzes und für Wanderungsströme zwischen Regionen mit potentiell destabilisierender Wirkung. Angesichts dieser Risiken gilt es rasch und mit Entschlossenheit zu handeln und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

1. Die Risiken für eine dauerhafte Entwicklung in den Entwicklungsländern:

a. wirtschaftliche Entwicklung

Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und wirtschaftlichem Wachstum ist noch immer Streitgegenstand. Einige behaupten noch immer, dass eine wachsende Bevölkerung Nutzen stiftet, insbesondere wegen der damit verbundenen grösseren Absatzmöglichkeiten. Dennoch, wenn ein mässiges Bevölkerungswachstum in der Tat stimulierend für die wirtschaftliche Entwicklung wirken kann, so ist ein zu rasches Bevölkerungswachstum unvereinbar mit einer dauerhaften Zunahme des Lebensstandards und einem deutlichen Rückgang der Armut in den Entwicklungsländern. Das Problem ist nicht nur eine Frage des Gleichgewichts zwischen Bevölkerung und Nahrungsmittelerzeugung: es gilt auch, die zusätzliche Bevölkerung mit Schulen, Krankenhäusern, Wasser, Elektrizität, Strassen etc. zu versorgen; das führt zu einer Überbeanspruchung der Ressourcen und geht zu Lasten produktiver Investitionen, was wiederum die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens verlangsamt.

Es gibt daher keinen Zweifel, dass die langfristige wirtschaftliche Entwicklung nur durch eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums erreicht werden kann. Darüberhinaus führt wirtschaftliche Entwicklung, besonders wenn sie einhergeht mit grösserer wirtschaftlicher Gerechtigkeit, zu einer Beseitigung des Elends und trägt über die Verbesserung des Status der Frau sowie qualitativ besserer Ausbildung und Gesundheit zu einem Rückgang der Fertilität bei.

b. Umweltprobleme und dauerhafte Entwicklung

Gelingt es nicht, in den Entwicklungsländern die Bevölkerung zu stabilisieren, dann führt das notwendigerweise zu schwerwiegenden Umweltproblemen.

Diese Probleme sind wohlbekannt:

Abholzung (selbst wenn diese zumindest ebensosehr auf die Art der Bodenrechte zurückzuführen ist wie auf die Zunahme der zusätzlich zu ernährenden Menschen), Desertifizierung, Anstieg des immer schwieriger zu befriedigenden Energiebedarfs, Bodenerosion, Verringerung von Ackerland, Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten und Beeinträchtigung der Lebensqualität in den Grosstädten.¹

Darüberhinaus führt zu rasches Bevölkerungswachstum mit grosser Wahrscheinlichkeit zu vermehrter Armut; in den Entwicklungsländern sind es gerade die Ärmsten, die, obwohl sie am meisten betroffen sind, der Ökologiet sowohl auf dem Lande wie in der Stadt den grössten Schaden zufügen.

c. menschliche Entwicklung

Über die Frage einer dauerhaften wirtschaftlichen Entwicklung hinaus stellt sich die Frage der menschlichen Entwicklung. Hohe Fertilität ist insbesondere bei den ärmsten Bevölkerungsschichten anzutreffen, was zu einer weiteren Verschärfung der Armut und der Wohlstandsunterschiede führt. In armen Familien mit grosser Kinderzahl können sich weder die Frau noch das einzelne Kind optimal entwickeln. Langsameres Bevölkerungswachstum, besonders wenn es einhergeht mit wirksamer Sozialpolitik, ist daher Voraussetzung dafür, dass der einzelne seine Menschenrechte voll wahrnehmen kann.

2. Die weltweiten Risiken

Es ist schwer möglich, für die Erdbevölkerung eine absolute Obergrenze festzusetzen. Schliesslich hätte niemand vor 100 oder 200 Jahren annehmen können, dass es einst, dank des technischen Fortschritts, möglich würde, fast 6 Milliarden Menschen auf Erden zu beherbergen, auch wenn davon fast 800 Millionen immer noch unter Hunger oder chronischer Unterernährung leiden.

Eine radikale Veränderung der Lebensweise, für die die Industrieländer die Initiative ergreifen müssten, könnte die Tragfähigkeit der Erde für eine noch höhere Bevölkerungszahl ermöglichen. Eine solche Änderung müsste zu Produktions- und Verbrauchsweisen führen, die auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und einen minimalen aber dauerhaften Lebensstandard für alle Menschen abzielt.

Dennoch, angesichts der Wahrscheinlichkeit einer Verdoppelung der Weltbevölkerung in weniger als 60 Jahren und der Schwierigkeit, Lebensweisen schnell und radikal zu verändern, ist es nicht nur ein Gebot der Vorsicht, sondern auch des Überlebens für die gesamte Menschheit, alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, damit sich die Weltbevölkerung so rasch wie möglich auf dem niedrigstmöglichen Niveau stabilisiert.

¹Zwischen 1815 und 1915 haben die Städte in den Industrieländern insgesamt nur 100 Mio. Menschen zusätzlich aufnehmen müssen. Dagegen wird die städtische Bevölkerung der Entwicklungsländer allein in den zwanzig Jahren von 1990-2010 um 1,5 Milliarden zunehmen. Damit werden die schwierigen Lebensverhältnisse in den überbevölkerten Mammutstädten weiter verschärft: in Kalkutta leben 88.000 Menschen/km², in Manila 45.000, in Kairo 29.000 verglichen mit 20.000 in Paris, 13.000 in Tokio und nur 4.000 in Brüssel. Im Jahre 2025 werden fast 2/3 der Bevölkerung der Entwicklungsländer in Städten wohnen, darunter rund 50 Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 10 Mio. Einwohner (Mexiko 35 Mio.).

3. Destabilisierende Wanderungsbewegungen

Schnelle Bevölkerungszunahme führt unweigerlich zu Wanderungsdruck:

- Wanderung vom Land in die Stadt;
- Wanderung von einer Region in eine andere und von einem Entwicklungsland in ein anderes;
- Wanderung von den armen Teilen der Erde in die reicheren;

In ihrer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament vom 23. Februar 1994 zur Politik der Immigration und des Asyls (COM(94)23), hat die Kommission die Massnahmen beschrieben, die im Rahmen der Bevölkerungspolitik zu ergreifen sind, um die verschiedenen Arten von Migrationsproblematik an der Wurzel anzupacken. Das erfordert, dass die geographischen Aspekte bei der Ausarbeitung einer europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik gebührend berücksichtigt werden.

Im Rahmen eines globalen Zugangs des Phänomens der Wanderungsbewegung gilt es, das Problem des Wanderungsdrucks anzupacken. Dies erfordert insbesondere, folgende drückende Probleme anzupacken :

- zu rasches Bevölkerungswachstum, das keine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Einkommen und Beschäftigung sichert;
- Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Kapital auf Kosten der Arbeit subventioniert;
- Armut und soziale Ungerechtigkeit sowohl auf dem Land wie in der Stadt;
- militärische Konflikte, Nichtbeachtung der Menschenrechte und damit verbunden Zunahme der Flüchtlingszahlen.

* * *

Aus diesen Gründen ist es notwendig, das Bevölkerungswachstum, vornehmlich dort wo es ganz offensichtlich zu hoch ist, so schnell wie möglich zu handeln, um es zu reduzieren und den Übergang zu einer stabilen Weltbevölkerung zu beschleunigen. Da viele Ehepaare weniger Kinder haben wollen, ist dieses Ziel nicht nur wünschenswert sondern es lässt sich auch unter voller Beachtung individueller Freiheit verwirklichen, vorausgesetzt die Anstrengungen auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik werden nachhaltig verstärkt.

III. Inhalt der Bevölkerungspolitik

Das Recht auf Zeugung ist ein Grundrecht jedes Menschen, das nicht in Frage gestellt werden kann. Bevölkerungspolitik darf daher weder diskriminieren (hinsichtlich bestimmter sozialer oder ethnischer Gruppen) noch Zwang ausüben. Sie muss Männern und Frauen Entscheidungshilfe bieten, aber keine Entscheidungen auferlegen.

Die drei wesentlichen Bestandteile einer Bevölkerungspolitik im weiteren Sinne sind:

- Sozialpolitik, insbesondere Aktionen im Bereich der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind, der Schulbildung für Mädchen, des gesellschaftlichen Status der Frau. Alle

diese Aktionen vermindern die Zahl der gewünschten Kinder und erhöhen den Bedarf an Familienplanung.

- Information und Aufklärung von Individuen und Paaren gehen in die gleiche Richtung.
- vermehrtes Angebot an Familienplanung durch Bereitstellung von modernen und sicheren Verhütungsmitteln.

Die drei Arten von Massnahmen müssen Hand in Hand gehen und in ihren Mittelpunkt die Bedürfnisse der Menschen stellen. Sie müssen vor allem die Fähigkeit des Einzelnen und der Ehepaare verbessern, Entscheidungen zu treffen.

1. Sozialpolitik, um die gewünschte Kinderzahl zu vermindern

Eine solche Verminderung wird vor allem auf dreierlei Weise möglich:

- durch Erziehung und Information der Frau sowie durch Hebung ihres sozialen Status: letzteres ist von entscheidender Bedeutung, besonders weil das oft zu niedrige gesetzliche Heiratsalter für Mädchen die Fertilität stark erhöht, während eine Frau mit beruflicher Tätigkeit normalerweise weniger Kinder hat.²
- durch verbesserte Gesundheitsdienste, vor allem mit dem Ziel die Kindlichkeitssterblichkeit zu senken.
- durch Kampf gegen die Armut (was zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, eine Verbesserung der Sozialdienste und eine Verringerung der Einkommensunterschiede mit sich bringt).

2. Aufklärung und Information

Die freie Entscheidung der Ehepaare über die Kinderzahl muss einhergehen mit Aufklärung der Frauen und Männer. Sie müssen sich bewusst werden, dass eine geringe Zahl von Kindern deren Lebenschancen verbessert und darüberhinaus von Nutzen für alle ist. Es gilt, den Ehepaaren klarzumachen, dass heutzutage zwei Kinder ausreichen, um den Fortbestand der Familie zu sichern, und zugleich über Bevölkerungspolitik dementsprechende Anreize zu bieten.

3. Angebot an Dienstleistung der Gesundheit der Reproduktion

Familienplanungsdienste müssen eingegliedert werden in ein grösseres Ganzes, das auf reproduktive Gesundheit ausgerichtet ist. Dies muss prioritär abzielen auf die Begrenzung nicht erwünschter Geburten, die Verbesserung der Mutter- und Kindgesundheit sowie die Einbeziehung von Problemen wie der Kontrolle und der Verhütung von sexuell übertragbaren Krankheiten.

²Die Weltkonferenz über Menschenrechte (Wien 1993) hat in Paragraph 9, Teil II des Schlussdokuments festgelegt, dass "The human rights of women and the girl-child are an inalienable, integral and indivisible part of universal human rights. The full and equitable participation of women in the political, civil and cultural life, and the eradication of all forms of discrimination on grounds of sex are priority objectives of the international community."

Was die Familienplanung betrifft, so sind fast 20% der Geburten in den Entwicklungsländern unerwünscht, was die hohe Zahl von Abtreibungen erklärt.

Es ist daher notwendig, das Angebot an Familienplanung zu erhöhen zu verbessern und ihre Qualität und angemessene Verbreitung zu verbessern; hierbei sollte die positive Rolle, die die NROs spielen können, berücksichtigt werden. Dies ist der direkteste Weg, um das Bevölkerungswachstum zu bremsen und zugleich die Zahl der Abtreibungen zu vermindern. Wenn es gelingt, heute ein grossangelegtes Programm der Familienplanung umzusetzen, könnte die Weltbevölkerung um Jahre 2100 rund 2 Milliarden geringer sein als bei ungenügender Familienplanung. In der Tat, selbst wenn heute ungefähr 50% der Ehepaare in den Entwicklungsländern Zugang zu Familienplanung haben, gibt es schätzungsweise 300 Mio. Paare, die gerne Zugang zu Familienplanung hätten, deren Bedarf aber z.Zt; nicht befriedigt werden kann.

Familienplanung hat über sein Ziel der Stabilisierung der Weltbevölkerung eine eminent soziale Rechtfertigung, nämlich das Wohlbefinden des einzelnen Menschen und der Familien zu erhöhen. Aus diesem doppelten Grunde muss Familienplanung in den nächsten Jahren eine Priorität der Völkergemeinschaft sein; das gilt sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die Industrieländer. Aus diesem Grund hat der Entwicklungsrat im November 1992 in einer Resolution die folgenden vorrangigen Ziele für Familienplanung und Bevölkerungspolitik in den Entwicklungsländern unterstrichen.

- Frauen und Männer sollen frei und wissend über die Zahl ihrer Kinder und die Abstände zwischen den Geburten entscheiden können.

Durch einen besseren Zugang und bessere Qualität der Familienplanung soll die Ausübung dieses Grundrechts gewährleistet werden.

- Das Gesundheitsrisiko für Frauen und Kinder muss durch die Bereitstellung von zuverlässigen Dienstleistungen im Bereich der Sexualmedizin nachhaltig verringert werden.
- Die Länder und die Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, Einfluss auf das Bevölkerungswachstum zu nehmen.

* * *

Seit den Bevölkerungskonferenzen in Bukarest und Mexiko gibt es ein verstärktes Einverständnis darüber, dass Bevölkerungspolitik in den Entwicklungsländern ermutigt und von den jeweiligen Ländern unterstützt werden muss. Die Konferenz in Kairo ist eine ideale Gelegenheit, um dieses Einverständnis erneut feierlich zu bekräftigen und in Verpflichtungen der verschiedenen Parteien umzusetzen, die alle ihre Verantwortung tragen.

IV. Die Verantwortung der Entwicklungsländer und der Geberländer

1. Die Verantwortung der Entwicklungsländer

Es obliegt selbstverständlich in erster Linie den Ländern mit zu raschem Bevölkerungswachstum selbst, entsprechende Bevölkerungspolitik zu betreiben. Eine solche Politik

- muss parallel geführt werden, sowohl durch ein vermehrtes und verbessertes Angebot an Familienplanung als auch durch verbesserte Information und Sozialpolitik zur Verminderung der Fertilität;
- wird umso erfolgreicher sein, als sie eng mit der Bevölkerung und den Institutionen vor Ort, insbesondere den Frauen zusammenarbeitet.
- muss in einigen Ländern, darunter China, von einer entsprechenden Haushalts- und Sozialpolitik begleitet werden. Eine Verminderung der Fertilität führt in der Tat, wenn auch erst in einigen Jahrzehnten, zu einer Alterung der Bevölkerung, zumal wenn sich gleichzeitig die Lebenserwartung weiterhin erhöht. Das führt zu Änderungen in den sozialen Strukturen (weniger junge Menschen, die sich um ihre Eltern kümmern können), die erhebliche Folgen für die öffentlichen Haushalte mit sich bringen (Gesundheitssystem, Renten,...), mit denen sich die Industrieländer bereits haben auseinandersetzen müssen und die bald auch Länder wie China treffen werden.
- verlangt erhebliche finanzielle Mittel. Gegenwärtig werden für Bevölkerungsprogramme im engeren Sinne jährlich 5 Milliarden USD aufgebracht, davon 1 Milliarde durch Entwicklungshilfe. Für das Jahr 2000 wird der Finanzierungsbedarf auf 8-12 Milliarden USD (in 1993) geschätzt. Diese Ziffern sind nicht sehr hoch, aber wenn man die anderen Bestandteile einer Bevölkerungspolitik im weiteren Sinn hinzufügt (Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind, Schulbildung für Mädchen....) ergibt sich ein beachtlicher Finanzbedarf, den die Entwicklungsländer bereitstellen müssen, im Idealfall durch Umschichtung von weniger produktiven Ausgaben (wie den Militärausgaben), deren Volumen in den Entwicklungsländern gegenwärtig auf 100-150 Milliarden jährlich geschätzt wird.
- außerdem müssen bei der Realisierung von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitiken ihre Wirkungen auf interne Wanderungsbewegungen sowie auf die Aufteilung der Bevölkerung (Einwohner) berücksichtigt werden. Insbesondere muß eine ausgewogene Entwicklung zwischen den ländlichen Regionen und den städtischen Gebieten gefördert werden.

Schliesslich ist hinzuzufügen, dass eine bessere Wahrung der Menschenrechte und ein besserer Minderheitenschutz sowie die Beilegung von regionalen Konflikten die Ursachen für politisch bedingte Bevölkerungszunahme beseitigen können, zugleich würde damit auch der Wanderungsdruck abnehmen.

2. Die Rolle der Geberländer

Die Geberländer sollten fortfahren, die Anstrengungen der Entwicklungsländer zu unterstützen, um kurzfristig Krisen und langfristig Elend zu überwinden, was zu erheblichen Wanderungsbewegungen aus den ländlichen Regionen in die städtischen Zonen und/auch zu internationalen Wanderungsbewegungen führen könnte.

Angesichts der dringenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer sowie der positiven wirtschaftlichen Auswirkungen von Massnahmen im Bereich der Bevölkerungspolitik ist es erforderlich und zugleich sehr wirkungsvoll, für die wirtschaftliche Entwicklung selbst, dass die Geberländer ihren Beitrag zu der Finanzierung der Bevölkerungspolitik leisten. Das gilt sowohl für die indirekten Massnahmen (Ausbildung, Gesundheitswesen) als auch

für die direkten Massnahmen im Bereich der Familienplanung, jedoch können und sollten die finanziellen Leistungen der Geberländer nicht an die Stelle der eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer treten.

Es wäre wünschenswert, wenn die Völkergemeinschaft anlässlich der Konferenz in Kairo sich darauf einigen könnte, spätestens vom Jahre 2000 an 4% der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Finanzierung von bevölkerungspolitischen Massnahmen bereitzustellen.

V. Die Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten

Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten müssen sich in diesem Bereich von den Prioritäten, wie sie die Resolution des Rats vom November 1992 festlegt, leiten lassen. Erstens ist es notwendig, mit den Entwicklungsländern im Rahmen eines ständigen Dialogs die Strategie für Bevölkerungspolitik und Familienplanung festzulegen. Zweitens sollte sich die Hilfe für Bevölkerungspolitik und Familienplanung in dem grösseren Zusammenhang von medizinischer Grundversorgung, insbesondere von Frau und Kind, einordnen. Zusammen mit Schulbildung und Familienplanung handelt es sich hierbei um ein wesentliches Element zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums.

Die Europäische Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten haben im Jahre 1991 nur 160 Mio. ECU (200 Mio. USD bzw. 0,6% der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe) für Bevölkerungspolitik bereitgestellt. Selbst wenn ein Fortschritt in der jüngsten Zeit festzustellen ist (Ende der 80er Jahre betrug der Anteil nur 0,4%) sind dies niedrige Ziffern.

Die Gemeinschaft selbst hat während der Jahre 1991-1993 knapp 20 Mio ECU pro Jahr für Vorhaben im Bereich der Bevölkerungspolitik mobilisiert, insbesondere im indischen Subkontinent und im Mittelmeer³.

Bis zum Jahr 2000 müssen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten einen wesentlich grösseren Teil ihrer öffentlichen Hilfe für bevölkerungspolitische Massnahmen bereitstellen.

4% der Gesamthilfe sollten als Ziel gelten; Das entspräche etwa 1-1,2 Milliarden ECU (unter Annahme, dass die gesamte öffentliche Hilfe der Gemeinschaft im Jahre 2000 bei 25-30 Milliarden ECU liegt). Dies ist eine klare Herausforderung. Sie kann bestanden werden, sofern die künftigen Prioritäten der finanziellen Hilfe entsprechend geändert werden.

³im Rahmen der

. Haushaltslinien B7-5050 (Unterstützung der Bevölkerungspolitiken und -programme in den Entwicklungsländern), B7-5047 (Gesundheitsbetreuung von Müttern und Kindern), B7-5010 (Beteiligung der Gemeinschaft an Massnahmen von Nichtregierungsorganisationen zugunsten der Entwicklungsländer), B7-3000 (Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien), B-4080 (Multilaterale, regionale oder subregionale Zusammenarbeit im Mittelmeerraum), B7-5055 (Stelle zur Beobachtung der Wanderungsbewegungen);

und 1993 von LOME IV

Eine derartige politische Verpflichtung verlangt, dass sich die Mitgliedstaaten bereiterklären, im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens einen grösseren Teil ihrer öffentlichen Hilfe für die oben beschriebenen Massnahmen bereitzustellen.

Eine solche Verstärkung der finanziellen Mittel muss sowohl durch eine Erhöhung der Haushaltsmittel als auch durch Umverteilung der bestehenden Mittel erfolgen. Sie muss einhergehen mit einer engeren Koordinierung der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten, mit allen auf diesem Gebiet tätigen Geberländern.

Die Kommission ist bereit, ihren Teil der Verantwortung voll zu übernehmen. Sie hat die Absicht, ihre Hilfe für Bevölkerungspolitik erheblich aufzustocken. Für das Jahr 2000 setzt sie sich als Ziel, mindestens 300 Mio. ECU dafür bereitzustellen (siehe Anhang).

Parallel dazu ist es erforderlich, die finanzielle Hilfe für folgende Massnahmen zu erhöhen:

- die Verbesserung des Status der Frau unabhängig von einer Politik der Fertilitätsreduzierung;
- eine generelle Verbesserung des Angebots an Gesundheitsdiensten, besonders im Bereich der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind und des Kampfes gegen sexuell übertragbare Krankheiten;
- der Schutz der Umwelt und die rationelle Nutzung der Ressourcen;
- die Beherrschung der Wanderungsbewegungen durch die Zusammenarbeit zwischen den Ursprungsländern und den Aufnahmeländern, und durch eine Politik der Integration legaler Migranten in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft;
- die Verbesserung der Kenntnisse der Phänomene, vor allem der Beziehung Bevölkerung-Entwicklung-Umwelt.

Tatsächlich sind Fortschritte in diesen Bereichen genauso wichtig wie Familienplanung, um einen Rückgang des Bevölkerungswachstums zu garantieren.

Die Kommission unterstreicht, dass diese Erhöhung der Mittel für Bevölkerungspolitik durch eine Umschichtung der Prioritäten und unter voller Einhaltung der Finanzperspektiven erfolgen wird.

Schlussfolgerungen:

Die Konferenz in Kairo findet zu einem kritischen Zeitpunkt statt. Es gilt heute, am Ende des 20. Jahrhunderts zu handeln, um eine weitere unkontrollierte Bevölkerungsexplosion zu verhindern. Sie würde die Entwicklung zahlreicher Länder und Regionen nachhaltig bedrohen. Sie würde massive Wanderungsbewegungen mit potentieller destabilisierender Wirkung hervorrufen und schliesslich unlösbare Umweltprobleme sowohl lokaler als auch globaler Natur schaffen. Fortschritte sind bereits erzielt worden. Die Zuwachsraten des Bevölkerungswachstums sinken seit 20 Jahren, vor allem als Folge von Bevölkerungspolitik, deren Erfolgchancen man heute besser einzuschätzen weiss. Es gilt, auf diesen Fortschritt zu bauen, um diese Politik fortzuführen und zu verstärken. Dabei kann man sich auf weitgehenden Konsens der in den meisten Ländern und innerhalb der Völkergemeinschaft besteht, stützen.

Alle können und müssen zu einer solchen Politik beitragen, die weder mit Zwang noch mit Diskriminierung verbunden sein darf und den unterschiedlichen Situationen und kulturellen Traditionen angepasst sein muss. Die Hauptverantwortung für die Konzeption

und die Durchführung solcher Politik obliegt den Entwicklungsländern selbst. Jedoch haben die Industrieländer eine wichtige Rolle zu spielen, insbesondere indem sie einen Beitrag durch technische und finanzielle Hilfe leisten.

Die Europäische Gemeinschaft muss auf einen Erfolg der Kairo-Konferenz hinwirken, der sich in einem ehrgeizigen Aktionsprogramm für das kommende Jahrzehnt niederschlagen sollte. Sie muss sich bereiterklären, präzise Verpflichtungen für eine wesentliche Aufstockung der Hilfe für Bevölkerungsprogramme in den Entwicklungsländern zu übernehmen.

ANHANG

Dieser Betrag von 300 Mio. ECU soll zu gleichen Teilen aus dem EEF und dem Haushaltsplan finanziert werden, und zwar, was letzteren angeht, aus den derzeit dafür herangezogenen und vorgenannten Haushaltslinien (siehe Fussnote 3) sowie aus den Haushaltslinien B7-405 (Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum) und B7-3010 (Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika). Die aus diesen verschiedenen Haushaltslinien getätigten Ausgaben könnten sich insgesamt wie folgt entwickeln:

1995: 50 Mio. ECU
1996: 70 Mio. ECU
1997: 90 Mio. ECU
1998: 110 Mio. ECU
1999: 130 Mio. ECU
2000 150 Mio. ECU

KOM(94) 100 endg.

DOKUMENTE

DE

05

Katalognummer : CB-CO-94-109-DE-C

ISBN 92-77-66914-4

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
L-2985 Luxemburg